

Beschluss A 39 stoppen!

Gremium: LDK Celle 22./23.03.2025
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1 Wir Grüne Niedersachsen stellen uns klar gegen den Autobahneubau der A 39
2 zwischen Lüneburg und Wolfsburg. Der Neubau widerspricht den bundesdeutschen
3 Klimaschutzziele, durchschneidet einen der größten zusammenhängenden Naturräume
4 in Deutschland und mehrere Natura-2000- und Naturschutzgebiete, zerstört
5 wertvolle landwirtschaftliche Fläche und steht für eine falsche
6 Prioritätensetzung bei der Ausgestaltung eines zukunftsfähigen
7 Verkehrsinfrastruktursystems.

8 Die A 39 würde bei einer Realisierung die dritte Nord-Süd Verbindung zwischen
9 der A 7 und der im Bau befindlichen A 14 bedeuten. Der vollständige Ausbau der
10 vorhandenen Bundesstraße 4 zu einer 2 plus 1 Straße ist eine sinnvollere,
11 kostengünstigere, rascher realisierbare sowie natur- und klimafreundlichere
12 Alternative zur A 39.

13 Sanierung vor Neubau – Mittel gezielt einsetzen:

14 Deutschland hat einen massiven Sanierungsstau bei seinen Verkehrswegen. Rund 400
15 Brücken an Bundesfernstraßen in Niedersachsen sind sanierungsbedürftig, davon
16 rund 150 Brücken in einen sehr kritischen Zustand. Dafür braucht es neben
17 ausreichend Finanzmitteln vor allem auch Personalkapazitäten bei der Planung und
18 Umsetzung.

19 Wir erwarten von der neuen Bundesregierung eine Priorisierung von Sanierung und
20 Erhalt vor Neubau. Gleichzeitig fordern wir den niedersächsischen
21 Verkehrsminister auf, bei der neuen Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die
22 Sanierung maroder Infrastruktur oberste Priorität hat und alle weiteren
23 Planungen für Autobahneubauten eingestellt werden.

24 Für Neubau der A 39 gibt es nach Kriterien des Verkehrsministeriums keine
25 Rechtfertigung mehr.

26 Während Bundesverkehrsministerium und Autobahn GmbH weiterhin planen wie eh und
27 je, sprechen immer mehr harte Fakten gegen die A 39: Das Projekt wird ständig
28 teurer, nun weist die Verkehrsprognose für 2040 gar deutlich weniger Kfz-
29 Bewegungen auf dieser Strecke aus als bisher angenommen. Beides sind belegte
30 Aussagen des BMDV.

31 Der vermeintliche „Nutzen“ und die stetig steigenden Kosten stehen – selbst mit
32 der von uns Grünen hinterfragten Berechnungsmethode des BMDVs – nicht mehr im
33 Verhältnis: die Kosten übersteigen den vermeintlichen Nutzen dramatisch – das
34 hat das BMUV kürzlich veröffentlicht.

35 Mehr Bahn statt Autobahn!

36 Mit der grünen Beteiligung im Bund haben wir 2023 den Finanzierungskreislauf
37 Straße beendet und verwenden nun einen wesentlichen Anteil der Einnahmen aus der
38 LKW-Maut für die Schiene. Unter Beteiligung der Grünen in der Bundesregierung

39 wurde erheblich mehr in die Schiene – und erstmalig auch mehr als in die Straße
40 investiert. Das war die Konsequenz der Ampel-Verabredung von 2021, bis 2030 die
41 Verkehrsleistung in Personenschienenfernverkehr zu verdoppeln und den
42 Schienengüterverkehrsanteil auf 25 % zu erhöhen. Um auf dem Weg dorthin weitere
43 Fortschritte zu erzielen, braucht es weiterhin verlässlich hohe Finanzmittel.

44 Gemeinsam für Klimaschutz und zukunftsfähige Mobilität:

45 Wir Grüne Niedersachsen sind an der Seite der Umwelt- und Naturschutzverbänden
46 sowie zahlreicher Bürgerinitiativen, die sich seit über 20 Jahren erfolgreich
47 gegen den Bau der A39 wehren.

48 Gegen den Planfeststellungsbeschluss in Abschnitt 1 (Lüneburg) und Abschnitt 7
49 (Gifhorn) hat der BUND Klage eingereicht, um rechtlich klären zu lassen, ob der
50 Bau generell – oder in der geplanten Form – überhaupt rechens ist. Wir
51 unterstützen diese Klage.

52 Wir Grüne wollen die Verkehrsinfrastrukturplanung systematisch an den
53 Erfordernissen der Mobilitätswende ausrichten: Während unser Schienennetz
54 deutschlandweit einen leistungsfähigen Ausbau braucht, ist das Straßennetz
55 bereits flächendeckend gut ausgebaut und benötigt daher Sanierungen statt
56 Neubau. Dazu braucht es einen integrierten Bundesmobilitätsplan, der Basis für
57 eine klimaneutrale, flächenschonende und sozial gerechte Mobilität bis 2045 ist.

58 Wir fordern den Bundesverkehrsminister und die künftige Bundesregierung auf:

- 59 • den Neubau der A 39 nicht weiter zu verfolgen, das Projekt aus dem
60 Bundesverkehrswegeplan (BVWP) zu streichen und dem Bundestag ein
61 aktualisiertes Fernstraßenausbaugesetz vorzulegen;
- 62 • bei Straßen den Erhalt und die Sanierung klar zu priorisieren – sowohl bei
63 der Bereitstellung von Mitteln als auch hinsichtlich von
64 Personalkapazitäten;
- 65 • bei der Schiene ausreichend Geld bereitzustellen für Sanierung, Erhalt,
66 Reaktivierung, Digitalisierung, Barrierefreiheit, Aus- und Neubau, um die
67 Kapazitäten auf der Schiene deutlich zu erhöhen;
- 68 • einen Bundesmobilitätsplan zu entwickeln, der die Einhaltung der
69 europäischen und deutschen Klimaziele im Verkehrssektor gewährleistet.